



Deutscher Bundestag
Ausschuss f. Umwelt,
Naturschutz u. Reaktorsicherheit

Ausschussdrucksache
17(16)530-B

Öffentliche Anhörung - 23.05.12

22.05.2012

Anhebung des EU-Emissionsminderungsziels auf 30 Prozent

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages, 23.5.2012

Stellungnahme durch Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer, Germanwatch
bals@germanwatch.org

Germanwatch e.V.
www.germanwatch.org
info@germanwatch.org

Büro Bonn
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Tel. +49 (0)228 / 60492-0
Fax +49 (0)228 / 60492-19

Büro Berlin
Schiffbauerdamm 15
D-10117 Berlin
Tel. +49 (0)30 / 28 88 356-0
Fax +49 (0)30 / 28 88 356-1

**Bankverbindung /
Spendenkonto**
Bank für Sozialwirtschaft AG
BLZ 100 205 00
KTO 32 123 00

Steuernummer
205 / 5783 / 2229

Das aktuelle Emissionsminderungsziel der EU für 2020 von minus 20 Prozent unter dem Niveau von 1990 stellt Deutschland, die EU und den internationalen Klimaschutz vor eine Reihe ernsthafter Probleme. Die wichtigsten dieser Probleme werden hier aufgelistet.

1. **Der EU-Emissionshandel steht vor dem Kollaps.** Der Handel mit CO₂-Verschmutzungserechtigkeiten ist eines der zentralen Instrumente europäischer Klimaschutzpolitik. Am europäischen Vorbild orientieren sich unter anderem Australien, Kalifornien und verschiedene Regionen Chinas beim Aufbau eigener Emissionshandelssysteme. Doch das Original, der EU-Emissionshandel, droht zu kollabieren. Die Industrie hat über die Jahre immer mehr ungenutzte Emissionserechtigkeiten angehäuft, so dass der Zertifikatspreis massiv eingebrochen ist. Gründe dafür waren die jüngste Wirtschaftskrise, durch die weniger CO₂ ausgestoßen wurde als angenommen, und das erfolgreiche Lobbying großer energieintensiver Unternehmen.¹ Durch ihren Einfluss hat die Politik über die Jahre zu viele Zertifikate ausgeteilt. Der CO₂-Preis ist darum heute weit davon entfernt, Einfluss auf die Investitionsentscheidungen der Betriebe zugunsten klimafreundlicher Technologien zu entfalten. Auch zu diesem Zweck hatte die EU den Emissionshandel jedoch gestartet.

Damit der Emissionshandel nicht zur wirkungslosen Spielerei verkommt, sollte er dringend so nachgebessert werden, dass der Preis zügig und mit langfristiger Perspektive ansteigt. Der beste, weil für Investoren klarste Weg dafür wäre eine schnelle Aufstockung des EU-Klimaziels bis 2020 und zusätzlich ein ambitioniertes, verbindliches Ziel für 2030.

Nicht nur die weltweite Vorbildfunktion des EU-Handelssystems leidet unter seiner Krise. Auch die angestrebte Verbindung des EU-Emissionshandels mit den Handelssystemen zum Beispiel in China oder Kalifornien kann nur mit einem funktionierenden EU-Zertifikatehandel gelingen.

2. **Die Finanzierung der Energiewende bricht ein.** Das Gelingen der deutschen Energiewende ist in hohem Maße abhängig von den Erlösen aus der Versteigerung der Emissionserechtigkeiten im Rahmen des EU-Emissionshandels. Bleibt es beim 20-Prozent-Klimaziel der EU, verliert die Bundesregierung durch die sehr niedrigen Zertifikatspreise im Vergleich zu den erwarteten Erlösen ab 2013 jährlich Einnahmen in Milliardenhöhe. Denn ein Großteil der Auktionserlöse soll in die Finanzierung der Energiewende – etwa für Energieeffizienzprämien – fließen. Aktuell geht die Bundesregierung von Einnahmen in Höhe von knapp 2,2 Mrd. Euro für 2013 aus. Dabei legt sie dieser Annahme einen Zertifikatspreis von 10 Euro zugrunde. Im letzten Jahr hatte sie noch Einnahmen in Höhe von 3,3 Mrd. Euro für 2013 erwartet.

Der EU-Emissionshandel ist durch die sehr niedrigen Zertifikatspreise derzeit als Klimaschutzinstrument, das Anreize für Investitionen setzt, wirkungslos. Eine der wenigen Möglichkeiten in der EU-Krise dringend benötigte Investitionsanreize zu setzen, die zusätzlich Geld in die Kassen spülen, wird verschenkt. Damit ist der Emissionshandel auch als Finanzierungsinstrument derzeit nahezu wirkungslos.

Auch das EU-weite Ziel zur Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent bis 2020 wird ohne höhere CO₂-Preise und damit verbundene höhere Versteigerungserlöse, welche wiederum für mehr Energieeffizienzinvestitionen eingesetzt werden können, kaum erreichbar sein.

3. **Versprochene internationale Klimafinanzierung in Frage gestellt.** Deutschland sowie alle weiteren Industrieländer haben sich auf den Klimagipfeln in Kopenhagen und Cancún verpflichtet, die sogenannten Entwicklungsländer im Klima- und Regenwaldschutz sowie bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Die Unterstützung mit zusätzlichen öffentlichen und privaten Geldern

¹ Siehe Sandbag 2011: Der Klimagoldesel: Wer sind die Gewinner des EU-Emissionshandels?

soll international bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar jährlich ansteigen. Ihrer Selbstverpflichtung will die Bundesregierung auch mit einem Teil der Versteigerungserlöse aus dem Handel mit Verschmutzungserlaubnissen nachkommen. Wenn es beim EU-Klimaziel von 20 Prozent und den dadurch niedrigen Zertifikatspreisen bleibt, ist nicht absehbar, wie Deutschland und die EU ihren Anteil an der internationalen Klimafinanzierung werden leisten können. Jede Untätigkeit angesichts des niedrigen Emissionshandelspreises beschädigt dabei Vertrauen in die Ernsthaftigkeit der von Deutschland in Kopenhagen gemachten Zusagen.

4. **Deutsches 40-Prozent-Klimaziel mit EU-20-Prozentziel nicht erreichbar.** Im Koalitionsvertrag wurde festgelegt, dass Deutschland seine Klimaemissionen bis 2020 um 40 Prozent senkt. Mit dem 20-Prozentziel der EU wird das aber kaum möglich sein, da die deutsche Industrie ihren Klimaschutzbeitrag im Rahmen des Ziels für den EU-Emissionshandel gesetzt bekommt. Die Industrie erhält so viele Zertifikate, wie nötig sind, um damit zum EU-weiten 20-Prozentziel beizutragen. Die übrigen Sektoren der Wirtschaft (vor allem Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft) müssen die entstehende Klimaschutzlücke zum deutschen 40-Prozentziel schließen. Das dürfte auch mit ehrgeizigsten Maßnahmen in diesen Sektoren nicht gelingen.

Selbst wenn im EU-Emissionshandel die deutschen Unternehmen mehr machten als vom EU-Ziel vorgeschrieben, um dadurch das deutsche 40-Prozentziel zu erreichen, würde das – solange es bei 20 Prozent bleibt – dem Klimaschutz nicht helfen. Unternehmen in anderen EU-Staaten könnten dann die in Deutschland weniger benötigten Emissionserlaubnisse billig aufkaufen und selber verwenden. Die Zertifikatspreise würden noch weiter unter Druck geraten.

5. **Investitionsschub zur Abwendung einer lang anhaltenden EU-Wirtschaftskrise bleibt ungenutzt.** Ein EU-weites 30-Prozentziel für 2020 sowie ambitionierte Ziele für die Zeit danach gäben für viele Wirtschaftssektoren die notwendigen Signale, dass sich Investitionen in Zukunftsmärkte lohnen. Das derzeitige 20-Prozentziel verhindert genau die innovativen Investitionen, die die EU so dringend braucht in einer Zeit, in der die Wirtschaft in wachsenden Teilen der EU einbricht. Ein höherer Zertifikatspreis im Emissionshandel als Folge der Zielaufstockung würde wie ein Innovationsmotor wirken und dabei auch die im Niedrigemissionsbereich relativ gut aufgestellte deutsche Wirtschaft im europäischen und internationalen Wettbewerb stützen. Und er würde nicht das Budget belasten.
6. **Neuer Schwung der UN-Klimaverhandlungen wird ausgebremst.** Die Klimaverhandlungen in Durban wurden am Ende von einer Allianz der EU mit den vom Klimawandel am meisten gefährdeten Staaten gerettet. Dieses Ad-Hoc-Bündnis könnte in Zukunft festere Formen annehmen und damit längerfristig Bewegung in die Verhandlungen bringen. Zwingende Voraussetzung aber ist, dass die EU bei den Vereinten Nationen ein Reduktionsziel für die nächste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls einreicht, das zwischen 25 und 40 Prozent liegt. Nur ein EU-Ziel in diesem Bereich wäre mit der in den Klimaverhandlungen festgelegten Zielmarke eines Zwei-Grad-Limits für die globale Erwärmung vereinbar. Für die verletzlichsten Staaten ist ein EU-Ziel zwischen 25 und 40 Prozent darum Voraussetzung für ein Bündnis. Die gerade laufenden UN-Klimaverhandlungen in Bonn zeigen deutlich, wie sehr das schwache Klimaziel und die ungesicherte Finanzierungszusage die EU dabei einschränkt, wie in Durban begonnen, mit mehr als 100 Staaten eine Allianz der Ambition aufzubauen, die den Klimaprozess vor sich hertreibt.
7. **EU-Klimaziel für 2050 ohne höheres Zwischenziel kaum erreichbar oder viel teurer.** Die EU will ihren Treibhausgasausstoß bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 senken. Dieses Ziel ist wichtig, um die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad zu begrenzen. 2020 markiert dabei genau die Halbzeit. Bleibt es bei 20 Prozent für 2020, müssten die Klimaschutzbemühungen danach dermaßen verstärkt werden, dass das Erreichen des 2050-Ziels – sofern überhaupt noch möglich –

sehr viel teurer würde. Der kosteneffizienteste Pfad zum 80 bis 95-Prozentziel, das zeigen Berechnungen der EU-Kommission, liegt bei 34 bis 38 Prozent Emissionsenkung bis 2020.

Aus diesen sieben Problemen, die mit dem aktuellen 20-Prozent-Minderungsziel der EU verbunden sind, folgt ein insgesamt starkes Interesse Deutschlands daran, dass die EU ihr Klimaziel auf 30 Prozent interne Treibhausgasminderung anhebt.